

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 6

Artikel: Der Israel-Gaza-Konflikt im Mai 2021
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977154>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Israel-Gaza-Konflikt im Mai 2021

Nach Raketenangriffen von militanten palästinensischen Organisationen auf israelische Ziele entflammte der Israel-Gaza-Konflikt am 10. Mai 2021 erneut. Israel reagierte mit Bombardierungen. Einen Raketenbeschuss dieser Intensität hatte Israel bis dahin noch nie erlebt. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verletzte, darunter auch zahlreiche Zivilisten.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck, Oberstleutnant d.R. der Bundeswehr

Im August 2020 verkündete die radikal-islamische Hamas nach Vermittlung Katars eine Waffenruhe mit Israel. Aber auch danach gab es immer wieder Verstösse gegen diese Waffenruhe. Die palästinensische Hamas wird von Israel, den USA und der Europäischen Union als terroristische Organisation eingestuft. Sie hat die «Zerstörung Israels» zu ihrem Ziel erklärt. Die Hamas erkennt Israel als Staat nicht an und fordert einen Palästinenserstaat auf dem gesamten Gebiet des historischen Palästinas.

Nach etwa einem Jahr relativer Ruhe kam es im Mai zu den schwersten Auseinandersetzungen seit Jahren im israelisch-palästinensischen Konflikt. Allein in der Nacht des 24. auf den 25. April feuerten verschiedene palästinensische Gruppen, u.a. die Fatah, über 40 Raketen aus Gaza nach Israel ab. Trotz des religiös sehr wichtigen Fastenmonats Ramadan (im Jahr 2021 im Zeitraum 13. April bis 12. Mai) kam es im April zu Ausschreitungen von gewaltbereiten Palästinensern gegen israelische Sicherheitskräfte. Palästinensi-

sche Jugendliche bewarfen israelische Passanten und Polizisten mit Steinen, dazu kam das neue Phänomen «TikTok-Terrorismus».

In diesem sozialen Netzwerk kursieren seit einigen Tagen Videos von jungen Palästinensern, die sich dabei filmen, wie sie ultraorthodoxe Juden gewaltsam angreifen.

Die Raketenangriffe von palästinensischen Gruppen auf israelische Ziele fielen in eine politisch hochsensible Zeit, da sich die beiden palästinensischen Rivalen Fatah und Hamas im Wahlkampf zur geplanten palästinensischen Parlamentswahl am 22. Mai 2021 befanden. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas ordnete dann am 30. April eine Verschiebung der für den 22. Mai geplanten palästinensischen Parlamentswahlen an, als Grund gab er einen «Streit mit Israel über die Möglichkeit an, die Wahlen auch für die in Ostjerusalem lebenden Palästinenser durchzuführen».

Von vielen Experten und von der Süddeutschen Zeitung wurde diese Begründung jedoch als Ausflucht angesehen, so seien das Hauptmotiv für diese Verschiebung die zunehmend schlechten Wahlausichten der Fatah-Partei des Palästinenserpräsidenten. Die rivalisierende Hamas protestierte scharf gegen eine Verschiebung der Wahl. Seit 15 Jahren hat es in den Palästinensergebieten keine Parlamentswahl mehr gegeben.

Der heute 85-jährige Präsident Abbas war 2005 nur für eine Amtszeit von vier Jahren zum Präsidenten gewählt worden und regierte nach Ablauf dieser Zeit ohne Mandat weiter. Verbunden waren die Wahlen mit der Hoffnung auf eine Versöhnung der zerstrittenen Fatah, die im Westjordanland regiert, mit der im Gazastreifen herrschenden Hamas.

Anfang Mai eskalierten die tagelangen Unruhen auf dem Tempelberg, es kam zu schweren Zusammenstössen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften, nach Angaben der Hilfsorganisation Roter Halbmond wurden dabei mehr als 400 Menschen verletzt. Auch in Ramallah, Nablus und Hebron gab es bei schweren Ausschreitungen Verletzte. Verschiedene Medien berichteten von geplanten Zwangsräumungen mehrerer palästinensischer Häuser im Viertel Scheich Dscharrah in Ost-Jerusalem durch israeli-

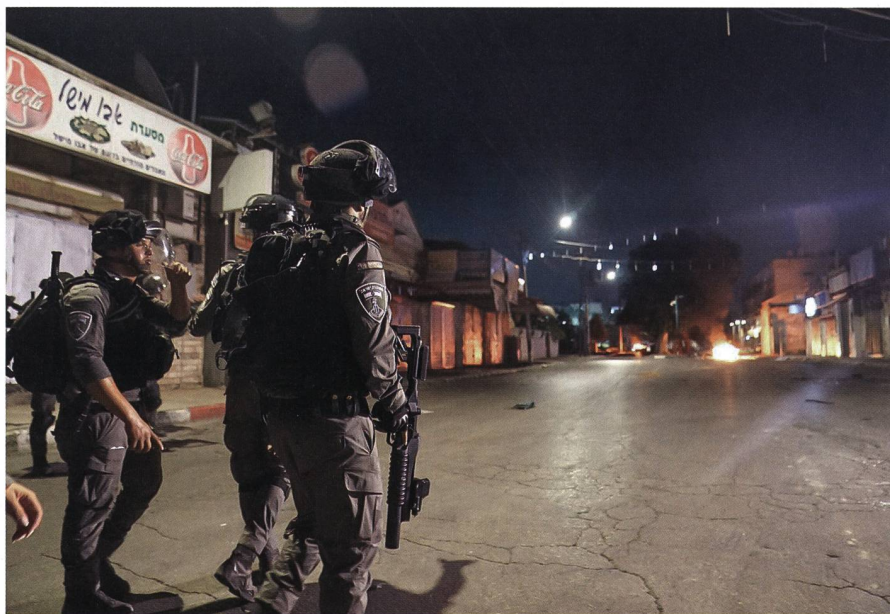


Bild: Israelische Polizei

Nach etwa einem Jahr relativer Ruhe kam es im Mai zu den schwersten Auseinandersetzungen seit Jahren im israelisch-palästinensischen Konflikt.



Bild: IDF

Das israelische Raketenabwehrsystem «Iron Dome» war in der Lage, den Grossteil der Flugkörper abzufangen.

sche Behörden sowie Sperrungen in der Jerusalemer Altstadt als Ursache für die aktuellen Ausschreitungen.

Aktuelle Entwicklungen

Zu den Raketenangriffen auf israelische Ziele im Mai 2021 bekannten sich sowohl die Hamas als auch die Organisation «Islamischer Dschihad». Während des letzten Gaza-Krieges im Jahr 2014 hatten palästinensische Islamisten innerhalb von 50 Tagen insgesamt 4000 Raketen auf Israel abgefeuert, die meisten erreichten damals «nur» den Süden Israels, die Hamas verfügte noch vor sieben Jahren kaum über Raketen mit einer Reichweite von mehr als 75 Kilometern, die Tel Aviv oder Jerusalem hätten erreichen können. Die Raketenangriffe von Anfang Mai zeigen jedoch, dass die Hamas nun über deutlich mehr und bessere Raketen mit deutlich grösserer Reichweite (Tel Aviv und Jerusalem) verfügt. Die Hamas soll mittlerweile über ca. 7000 Raketen und Lenkflugkörper verfügen, die Organisation «Der Islamische Dschihad» über rund 6000 Raketen mit kürzerer Reichweite.

Die Hamas versteckt ihre militärischen Stellungen und ihre Raketenwerkstätten bewusst in zivilen Gebäuden. Israel

wirft der Hamas daher vor, Zivilisten als Schutzschilde zu missbrauchen. Auch Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Hamas wegen dieses Verstosses gegen das Völkerrecht.

Die radikal-islamische Hamas errichtete in den letzten Jahren in Gaza ein ausgeklügeltes Geflecht von weitverzweigten

Gängen, Lagerräumen, Verbindungsweegen, Bunkern, Waffenwerkstätten, Waffenlagern sowie Nachschub- und Fluchtrouten. Diese Tunnel werden für den Schmuggel von Waffen, Munition und Materialien genutzt, welche die Hamas zur Produktion der Tausenden von Raketen benötigt, die sie gegen Israel einsetzt.

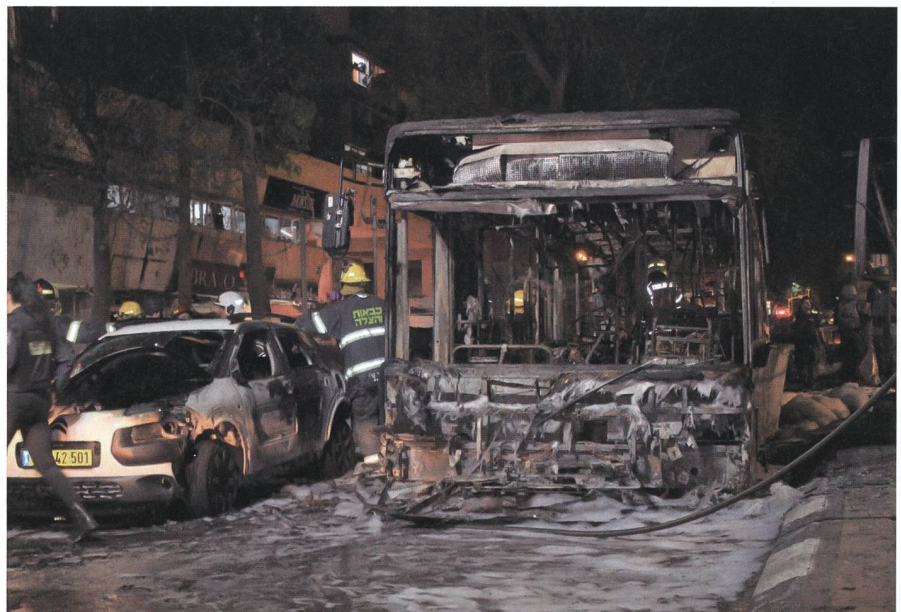


Bild: Yoav Keren

Es kam sowohl in Israel als auch im palästinensischen Gebiet zu schweren Schäden durch den Feueraustausch.

Daneben hat die Hamas auch Tunnel gegraben, die direkt auf israelisches Territorium führen und den Zweck haben, terroristische Anschläge und Entführungen auszuführen. Seit die Hamas im Jahr 2007 in Gaza an die Macht kam, hat sie in dieses unterirdische Tunnelsystem viel investiert und es als einen strategischen Vorteil in der asymmetrischen Kriegsführung gegen Israel perfektioniert.

Als Gegenmassnahme setzen die israelischen Streitkräfte seit 2018 u.a. ein System ein, mit dem der Boden gescannt wird und Hohlräume entdeckt werden können, gegen die dann mit Sprengungen vorgegangen wird. Tunnels mitten im dicht überbauten Gazastreifen sind aber auf diese Weise oder mit Luftschlägen kaum zu bekämpfen, was den Einsatz von Bodentruppen praktisch zur einzigen Option macht. Dieser Einsatz von Bodentruppen geht mit einem erhöhten Risiko von Verlusten auf israelischer Seite und zivilen Opfern unter den Einwohnern Gazas einher.

Die israelischen Streitkräfte reagierten auf Raketenbeschuss von militanten Palästinensern im Mai 2021 mit Luft- und Artillerieangriffen im Gazastreifen. Nach israelischen Angaben richteten sich die Angriffe in erster Linie gegen militärische Einrichtungen der Militanten, darunter das weit verzweigte Tunnelnetzwerk, Pro-

duktionsanlagen für Raketen und Schaltzentralen der Hamas und des «Islamischen Dschihad».

In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai wurde eine Waffenruhe verkündet. Dieser waren intensive diplomatische Verhandlungen vorausgegangen, an denen die Vertreter zahlreicher Staaten und die UNO beteiligt waren. Eine wichtige Rolle spielten dabei Ägypten und die UNO, die auch direkt mit der Hamas-Führung sprachen. Vertreter der radikal-islamischen Hamas bestätigten, dass sie einem ägyptischen Vorschlag über eine gegenseitige und gleichzeitige Einstellung der Kampfhandlungen zugestimmt hätten.

Der US-Präsident Joe Biden begrüsste die Waffenruhe und beklagte in einer Fernsehansprache den «tragischen Tod von so vielen Zivilisten, einschliesslich Kindern». Einmal mehr bekräftigte US-Präsident Biden Israels Recht auf Selbstverteidigung und kündigte an, Washington werde den israelischen Raketenabwehrschirm «Iron Dome» wieder mit Raketen aufstocken.

Gleichzeitig versprach Biden den Palästinensern finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau zerstörter Gebäude. Dieser solle in Zusammenarbeit mit der Autonomiebehörde von Abbas erfolgen, um sicherzustellen, dass die Hilfe nicht dafür

genutzt werde, das Raketenarsenal militanter Gruppen aufzustocken.

Im Gazastreifen gingen am 21. Mai Zehntausende Palästinenser auf die Strasse, um die Waffenruhe zu feiern. Viele Menschen schwenkten die palästinensische Flagge, aber auch die der Hamas. Von den Moscheen ertönte «Allah Akbar» und die Neue Zürcher Zeitung berichtete, dass palästinensische Imame über die Lautsprecher von Moscheen den «Sieg des Widerstands über die Besetzer» verkündeten, begleitet von einem Konzert von Feuerwerksraketen und Schüssen in die Luft. Die radikal-islamische Hamas versucht, sich als «grosse Siegerin der Schlacht» zu inszenieren, die Waffenruhe sei ein «Sieg für das palästinensische Volk» und eine «Niederlage für Netanyahu», behauptete ein Sprecher der Hamas. Zudem veröffentlichte die Hamas zur Illustration ihrer Kampfbereitschaft ein Video von Kämpfern, die Raketen durch einen Tunnel schleppen.

Zu Beginn der angespannten Waffenruhe wurden am 24. Mai in Jerusalem zwei junge Israelis mit Messern angegriffen und verletzt, einer davon Soldat, die Sicherheitsbehörden gehen von einem islamistisch-terroristischen Hintergrund aus.

Internationale Reaktionen

In der Türkei versammelten sich Mitte Mai an einem Tag mehrere Tausend Menschen vor der israelischen Botschaft, um gegen Israel und seine militärische Antwort zu protestieren. Die USA, die EU, Grossbritannien und Deutschland verurteilten die palästinensischen Raketenangriffe und forderten eine Deeskalation der Lage, von beiden Konfliktparteien.

Der UN-Sicherheitsrat kam zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. In verschiedenen deutschen Städten kam es im Rahmen von Demonstrationen zu antisemitischen Straftaten, beispielsweise wurde in Düsseldorf die Gedenktafel einer ehemaligen Synagoge angezündet, in mehreren deutschen Städten wurden Israel-Flaggen öffentlich verbrannt und die Türen von Synagogen mit Steinen beworfen und beschädigt. Bei einer Demonstration in Berlin mit rund 3500 Teilnehmern warfen Demonstranten Steine und Flaschen auf Polizisten, dabei wurden 93 Polizisten verletzt.



Eskalation des Konfliktes: Auch auf dem Boden wurde gekämpft.



Bilder: IDF

Gegenschlag aus der Luft: Die israelische Luftwaffe schlug mit Präzisionsschlägen gegen Zielpersonen und Kommandozentralen zurück.

Am Wochenende des 14. bis 16. Mai gab es europaweit pro-palästinensische und anti-israelische Demonstrationen mit über hunderttausend Demonstranten, in deren Verlauf antisemitische und gewaltverherrlichende Parolen skandiert wurden. Alleine an diesem Wochenende kamen in Frankreich über 22 000 Menschen auf über 60 Kundgebungen zusammen, in Paris trotz eines Demonstrationsverbots, die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein, um das Demonstrationsverbot durchzusetzen. Der französische Staatschef Emmanuel Macron sprach bereits vor zwei Jahren von einem «Wiedererstarken des Antisemitismus, wie es ihn vermutlich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat». So war die Holocaust-Überlebende Mireille Knoll 2018 in Paris mit elf Messerstichen ermordet worden. Während der Ermittlungen wurde bekannt, dass einer der Angeklagten mit der Hamas sympathisiert. Macron spricht von einem «Antisemitismus, der sich auf einen radikalen Islamismus gründet». Diese Ideologie habe einige der Vorstadt-Banlieues derart vergiftet, dass es zur Bildung regelrechter Parallelgesellschaften gekommen sei. In London sollen über 150 000 Teilnehmer an Demons-

trationen teilgenommen haben, bei denen u.a. das Ende «der Besatzung durch Israel» gefordert wurde. In den sozialen Netzwerken wurde ein Clip eines pro-palästinensischen Autokorsos in London verbreitet, bei dem eine Männerstimme u.a. zur Vergewaltigung von jüdischen Frauen aufrief, Scotland Yard nahm in diesem Zusammenhang vier Tatverdächtige fest.

Der deutsche Bundesminister des Innern, Horst Seehofer (CSU), sprach von der «vollen Härte des Rechtsstaats», der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) sagte: «Ich bin dagegen, jetzt reflexartig immer Strafrechtsverschärfungen zu fordern.» Die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, bewertete die staatlichen Mittel gegen Antisemitismus in Deutschland als «noch längst nicht ausgeschöpft» und zeigte sich erschüttert, «wie schamlos der Antisemitismus auf den Demonstrationen der letzten Tage zur Schau gestellt wurde». Es gebe Synagogen als Angriffsziele und Pro-Israel-Demos, die nur mit Polizeischutz stattfinden können. «Wenn das unsere Realität ist, hat der Judentum gewonnen.» Knobloch betont, wenn auf solchen Demonstrationen die

«Vernichtung Israels» gefordert werde, müsse der demokratische Staat solche Versammlungen verbieten.

Fazit

Trotz des aktuellen Waffenstillstands, der israelisch-palästinensische Konflikt, u.a. ein Konflikt um Territorium, wird noch lange bestehen bleiben. Der Nahostkonflikt ist hochgradig komplex und seit Jahrzehnten davon geprägt, dass Gewaltwellen kommen und gehen. Internationale Akteure wie die USA, die Europäische Union und Staaten wie der Iran spielen eine - unterschiedlich einflussreiche - Rolle. In Bezug auf die Effektivität des israelischen Raketenabwehrsystems «Iron Dome» wird davor gewarnt, dass die Hizbullah mit ihrem riesigen Arsenal die Möglichkeit hätte, Israel vom Südlibanon aus mit über tausend Raketen am Tag zu beschliessen und damit den Schutzschild zu durchdringen. Die Strategie des Iran, lokale Produktionskapazitäten von Raketen in Gaza aufzubauen, ist voll aufgegangen und wird fortgesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, wie lange die aktuelle Waffenruhe hält, ziemlich wahrscheinlich ist es «die Ruhe vor dem nächsten Sturm».

